

«Keine Angst, es geht auf Ostern»

Eine Clique der Credit Suisse wolle die Schweiz in die EU führen, sagt alt Bundesrat Christoph Blocher. Sollte sie Erfolg haben, würde das die Schweiz zerstören. Die Welt werde aber auf keinen Fall untergehen. Seine Enkel müssten sich um das Klima keine Sorgen machen. *Von Erik Ebnetter und Roman Zeller*

Christoph Blocher posiert gerade für die Fotografin, als seine Frau den Raum betritt. «Warum trägst du nicht deinen neuen *Tschopen*», fragt sie. Blocher sagt: «Ich muss nicht gut aussehen, ich muss nur gut reden.» Nachdem er wochenlang jede Interviewanfrage abgelehnt hat, spricht er nun wieder mit Journalisten. Seine einzige Bedingung: Es müsse um die grossen Linien gehen. Kleiderfragen gehören offensichtlich nicht dazu.

Herr Blocher, welche politische Frage beschäftigt Sie zurzeit am meisten?

Die Gefährdung unserer freiheitlichen Ordnung. Gerade heute ist der Druck auf die Freiheit massiv: einerseits durch Politiker, die uns an die EU anbinden wollen, andererseits durch grüne Aktivisten, die uns mit einem freiheitsraubenden Korsett von Bevormundungen, Abgaben und Verboten drangsalieren wollen. Während es sich bei der Klimapolitik um ein Modethema handelt, geht es bei der Europapolitik aber um die entscheidende Frage für unser Land.

Wie lautet diese Frage?

Wer ist der Gesetzgeber? Bestimmen die Schweizer ihre Zukunft noch selber? Wenn wir das Rahmenabkommen unterschreiben, wird die EU in weiten Teilen zu unserem Gesetzgeber. Sie wäre der Souverän und die Schweiz eine Kolonie.

Die Befürworter des Rahmenabkommens sagen, die Vorstellung des souveränen Kleinstaats sei ein Trugbild. Eric Gujer, der Chefredaktor der NZZ, nennt die Schweiz «wirtschaftlich und technologisch eine Grossmacht und dennoch abhängig von der EU». Das Rahmenabkommen sei zentral für den künftigen wirtschaftlichen Erfolg des Landes, argumentiert er sinn-gemäss.

Der letzte Satz ist eine Dummheit. Aber man kennt dieses Schreckensszenario. Schon 1992, als es um den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) ging, klang es so. Das ist der Vorteil des Alters, man redet aus Erfahrung: Alles, was Rang und Namen hatte, beteuerte damals, beim Nichtbeitritt würde die Schweiz verarmen. Und was passierte? Volk und Kantone entschieden sich bei fast 80 Prozent Stimmbeteiligung für die Freiheit und gegen die Unterwerfung. Heute steht die Schweiz wirtschaftlich und technologisch in fast allen Ranglisten an der Spitze, wie

Herr Gujer ja selber feststellt. Sein Artikel ist voller Widersprüche.

Er schreibt, wer von Kolonialvertrag rede, halte sich für einen Sklaven. Fühlen Sie sich angesprochen?

Nein. Was ist denn eine Kolonie? Ein Staat, in dem die Bürger nichts mehr zu sagen haben, weil dort eine fremde Macht befiehlt. Wer sich dagegen nicht wehrt, macht sich doch zum Sklaven, nicht umgekehrt. Deshalb argumentiert ein NZZ-Chefredaktor so widersprüchlich? Spricht er mit der Stimme seines Herrn?

Wer soll sein Herr sein?

Die NZZ ist zurzeit das Sprachrohr gegen eine selbstbestimmte Schweiz. Die treibenden Kräfte findet man im Epizentrum der Credit Suisse und deren Umgebung.

Rund um Walter Kielholz, ihren früheren Präsidenten?

Ja. Er will, dass die Schweiz der EU beitrifft. Darum fordern seine Leute einen Unterwerfungsvertrag, gleichgültig, was drinsteht.

Warum sollte Herr Kielholz das wollen?

Das müssen Sie ihn fragen. Es geht natürlich um Sonderinteressen. Heute lässt es die EU zum Beispiel nicht zu, dass unsere Banken von der Schweiz aus in der EU um Kunden werben. Die Banken glauben, dies würde durch das Rahmenabkommen geändert. Das

«Cassis steht unter grossem Druck seiner Beamten. Ich glaube, er wird kippen.»

ist doch eine Lappalie. Und deswegen sollen die Schweizer Bürger auf ihre Freiheit verzichten? Die Industrie merkt wenigstens langsam, dass dieses Abkommen nicht unterzeichnet werden kann.

Wie zeigt sich das?

Viele Industrielle haben begonnen, das Abkommen zu lesen. Sie sagen mir, einen solchen Vertrag dürfe man niemals unterschreiben. Sie sehen, dass wir damit unsere besseren Rahmenbedingungen ausser Kraft setzen würden. Die Bürger könnten nicht mehr frei über Steuer-, Sozial-, Ausländerpolitik und vieles anderes bestimmen.

Und weshalb sind dann die Wirtschaftsverbände trotzdem eher für das Abkommen?

Diese Verbände werden von den grossen Firmen mit Sonderinteressen im Ausland dominiert. Und von Leuten, die mit dem

Staat verbandelt sind. Im leitenden Ausschuss von Economiesuisse sitzt Hansueli Loosli, der Swisscom- und Coop-Präsident. Grossverteiler wie Coop sind natürlich für offene Grenzen, um billig importieren zu können. Monika Rühl, die Direktorin von Economiesuisse, kam direkt aus der Bundesverwaltung. Peter Grünenfelder, der Direktor von Avenir Suisse, ist ein früherer Staatsschreiber. Alles rechtschaffene Leute, aber keine Leute aus der Wirtschaft.

Nur weil jemand beim Staat arbeitet, muss er die Schweiz nicht in die EU führen wollen.

Aus meiner Zeit im Bundesrat weiss ich: Die Verwaltung will den EU- und auch den Nato-Beitritt, und zwar querbeet, vom Ausen- bis zum Verteidigungsdepartement.

Im Bundesrat gibt es keine Mehrheit für das Rahmenabkommen, wie es nun vorliegt.

Noch nicht, zum Glück. Auch die Gewerkschaften sehen heute, wie es rauskommt, wenn die EU entscheidet. Zu befürchten ist aber, dass die Gewerkschaften mit den Wirtschaftsverbänden ein Päckchen machen werden, zum Nachteil des freien Arbeitsmarktes. Das heisst, Simonetta Sommaruga und Alain Berset werden das Abkommen durchwinken – aber selbstverständlich erst nach den Wahlen 2019.

Und die anderen Bundesräte?

Unsere halten dagegen, und ich glaube auch nicht, dass Karin Keller-Sutter dem Abkommen zustimmen wird. Viola Amherd wird es wohl unterstützen, und dann wird alles an Ignazio Cassis hängen.

Sie glauben, er wird zustimmen?

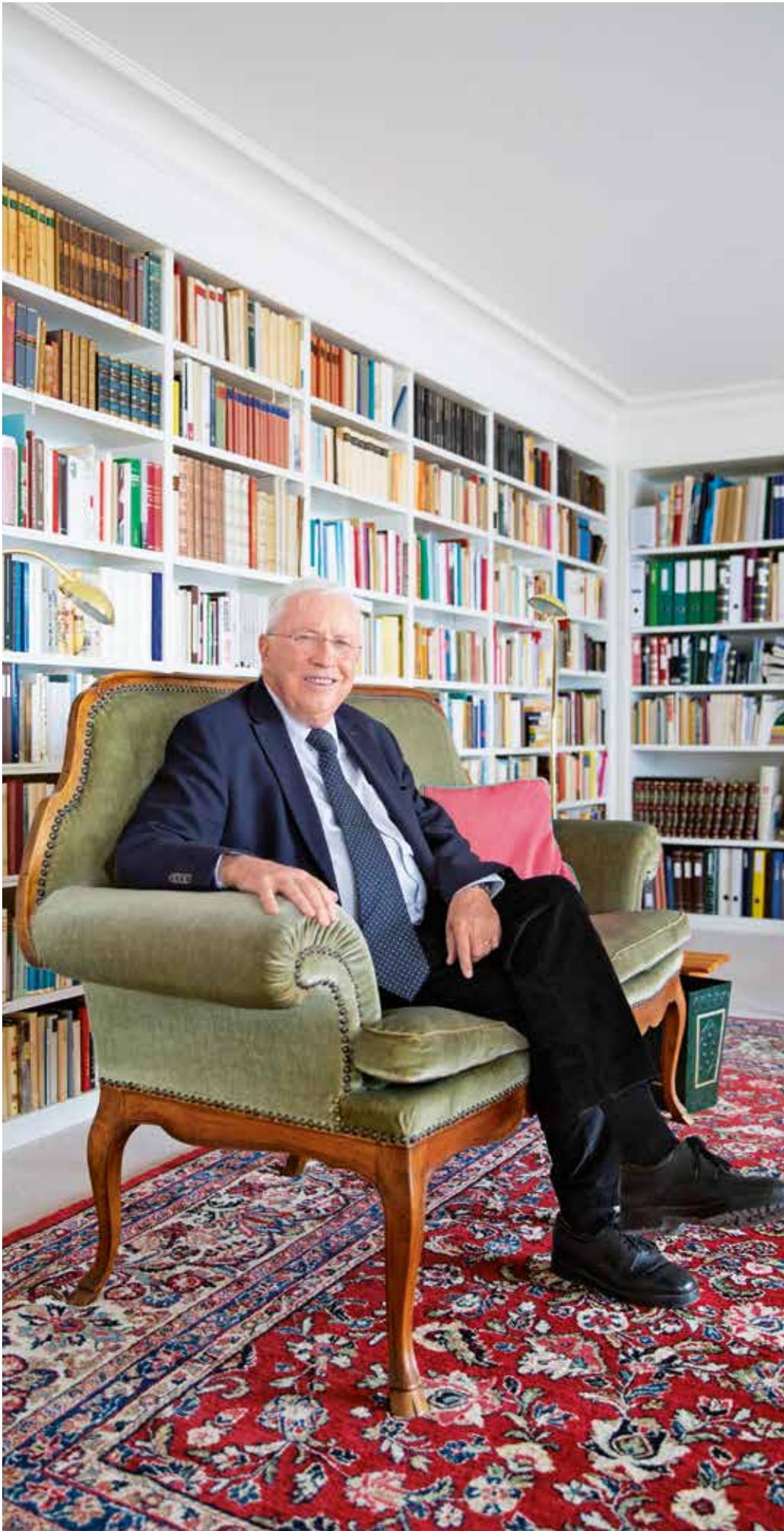
Er steht unter grossem Druck seiner Beamten. Ich glaube, er wird kippen, auch wenn er das Abkommen persönlich wohl ablehnt.

Wann rechnen Sie mit der Volksabstimmung?

2021 oder 2022. Aber wie ich höre, will man das obligatorische Referendum umgehen. Es würde dann ein einfaches Volksmehr genügen. Die Stände wären ausgeschaltet, obschon das Abkommen stark in den Föderalismus eingreift. Das wäre ein weiterer demokratiepolitischer Skandal. Es scherbelt an allen Ecken und Enden.

Glauben Sie, die SVP wird den Abstimmungskampf allein gegen die anderen Parteien bestreiten?

Ich fürchte es. Das war schon beim EWR so. Aber erfreulicherweise gibt es heute viele Persönlichkeiten ausserhalb der SVP, die



«Es zählt das Dauerhafte»: Blocher in seiner Bibliothek in Herrliberg.

öffentlich und viel öfter noch privat sagen, dass das Abkommen abzulehnen sei. Wenn ich nur schon an die mutigen Stellungnahmen von Carlo Jagmetti und Paul Widmer denke. Die beiden wissen als ehemalige Botschafter genau, wovon sie reden. Und es gibt viele andere, die sich ähnlich äussern: Carl Baudenbacher, der ehemalige Efta-Gerichtspräsident. Oder Gerhard Schwarz, der bei der NZZ und bei Avenir Suisse in leitender Stellung stets die Wirtschaft verteidigte. Oder Nick Hayek von Swatch, der mutig seine Meinung sagt. Viele Industrielle versichern mir, sie seien gegen das Rahmenabkommen. Das stimmt mich zuversichtlich.

Falls das Abkommen trotzdem angenommen wird: Wäre damit Ihr politisches Erbe auf einen Schlag entwertet?

Bis jetzt ist die Schweiz dank dem Widerstand der SVP nicht Mitglied der EU. Natürlich wäre das Rahmenabkommen ein gewaltiger Rückschlag. Die Zerstörung unserer Staatssäulen wäre auch eine Zerstörung der Schweiz.

Was macht die Schweiz denn aus?

Die Säulen sind Selbstbestimmung, direkte Demokratie, Föderalismus und bewaffnete Neutralität.

Das ist sehr politisch gedacht.

Richtig. Daneben kennt die Schweiz eine freiheitliche Wirtschaftsordnung, massgeschneiderte Gesetze, eine grosse Welt-offenheit, eine hohe Selbstverantwortung der Leute, der Unternehmen – immer im Vergleich mit dem Ausland natürlich.

Dann nochmals: Was macht die Schweiz aus?

Die Schweiz ist ein Sonderfall. Jetzt sagen Sie, das sei jedes Land. Stimmt, aber wir haben den schweizerischen Sonderfall, mit eigener Geschichte und besonderer geografischer Lage. Die Kombination von direkter Demokratie, ausgeprägtem Föderalismus und bewaffneter Neutralität ist einzigartig. Für die Schweiz ist es das richtige System. Es hat sich bewährt. Die Staatssäulen halten das Land gegen innen zusammen und gegen aussen offen – aber immer unabhängig.

Und Sie wollen diese Säulen bewahren.

Ja, zum Wohl der Schweiz. Das ist das Konservative meiner Politik, denn *conservare* heisst ja bewahren. Wir sind ein kleines Land mit natürlicher Armut. Die Staatssäulen haben Wohlfahrt ermöglicht. Meine Auffassung bezeichne ich als liberal-konservativ.

Sie sind seit bald einem halben Jahrhundert in der Politik. Was ist Ihre wichtigste Erkenntnis?

Es zählt das Dauerhafte. Das heisst, ein Politiker darf nicht jedem populären Thema hinterherrennen. Es ist auch nicht die wichtigste Aufgabe einer Partei, in Wahlen gut abzuschneiden. Wer nur ein Pöstchen ergattern will, hat das falsche Motiv für die politische Arbeit. Das Motiv muss das Wohl des Landes

sein. «Themen statt Pöstchen», überschrieb ich einmal eine Albisgüetli-Rede. Es ist ganz einfach: Wir Politiker stellen den Bürgern unser Programm vor, und die Bürger entscheiden sich für oder gegen dieses Programm.

Trotzdem sorgten Sie jüngst dafür, dass Konrad Langhart, der Präsident der zürcherischen SVP, abgelöst wurde, nachdem die Partei die Wahlen verloren hatte.

Die verlorenen Kantonsratswahlen waren nicht ausschlaggebend dafür. Die grundlegende Parteiarbeit wurde seit Jahren vernachlässigt. Darum musste die Führung verbessert werden.

Welche Arbeiten meinen Sie?

Ich kann und will jetzt nicht alles im Detail aufzählen. Aber sowohl bei den kommunalen wie auch den kantonalen Wahlen fehlte eine gründliche Vorarbeit. Das geht einfach nicht. Parteikommissionen wurden nicht mehr einberufen, Botschaften, Konzepte, Terminpläne fehlten.

Und deshalb entschieden Sie, Langhart auszuwechseln?

Ich entschied gar nichts, sondern der Vorstand bestimmte. Man beschloss, dass die Präsidiumsmitglieder genügend Zeit einsetzen müssen und im Herbst nicht für den Nationalrat kandidieren dürfen, um sich voll auf die Partei konzentrieren zu können. Das führte zum Rücktritt des Präsidenten und der beiden Vizepräsidenten. Darum wurden dem Vorstand ein Präsident und drei Vizepräsidenten, wählbar bis Ende Jahr, vorgeschlagen. Der Vorstand befürwortete diese Lösung, ebenso die Delegiertenversammlung. Mehr Demokratie geht nicht.

Langhart beschwerte sich aber nicht als Einziger. Es gab für einmal viel Widerspruch von der Basis.

Das ist doch normal. Alles ging ziemlich schnell, und die Delegiertenversammlung wurde mangelhaft geleitet. Viele hätten es gerne etwas ruhiger gehabt. Wenn man Erfolg hat, schlafen die Leute ein. Um die besten Lösungen muss immer gerungen werden. Das ist mühsam, aber notwendig.

Wie steht es um die nationale Partei?

Die SVP wird in den Wahlen vom Herbst wohl nicht über ihr Allzeithoch von 2015 hinauskommen. Das ist keine Katastrophe. Die Aufgabe der Partei ist es, einen Weg aufzuzeigen, wie die Schweiz ein freierlicher und sicherer Staat bleiben kann. Der Slogan für die Wahlen lautet deshalb «Frei und sicher».

Was ist mit der Klimadebatte: Wie soll die SVP darauf reagieren?

Die SVP war immer für saubere Luft, sauberes Wasser und gesunde Böden. Viel wurde und wird hier getan. Aber es ist verwerflich, geradezu diktatorisch, Auflagen, Steuern,

Abgaben, Gebühren, Verbote und Bevormundungen zu fordern, die den Menschen grosse Lebenslasten aufbürden und doch für das Klima praktisch belanglos sind.

Und was heisst das konkret?

Wir müssen die Bürger zum Beispiel fragen: Wollt ihr 20 Prozent mehr fürs Benzin bezahlen? Wollt ihr 1400 Franken mehr fürs Heizen bezahlen? Wollt ihr aufs Reisen verzichten? Wollt ihr kein Fleisch mehr essen? Und wir müssen die Interventionisten fragen: Was bedeuten eure Massnahmen für Pendler? Was für Werk tätige in der Privatwirtschaft? Was für unsere Siedlungsstrukturen und Randregionen? Für die Bauern? Das Gewerbe? Den Mittelstand? Die Leute haben Ende Monat alle Rechnungen zu bezahlen. Und zwar heute, nicht erst 2050.

Was sagen Sie den Bauern, die über Dürre klagen?

Natürlich war es 2018 trocken. Aber das ist nichts Neues. Ich erinnere mich gut an 1947 und 1949. Damals herrschte eine viel stär-

«Die SVP war immer für saubere Luft, sauberes Wasser und gesunde Böden. Viel wurde hier getan.»

kere Hitze und Trockenheit. Darauf folgten wieder nasse Sommer. Wirklich gefährlich wird es, wenn wir mit interventionistischen, freiheitsraubenden Massnahmen auf solche Ereignisse reagieren und die Leute damit in die Armut treiben.

Aber es gibt doch Anzeichen, dass sich etwas verändert. Die Gletscher schmelzen...

Das ist eine Tatsache, ja. Aber die vorgeschlagenen Massnahmen werden daran nichts ändern. Die Gletscherschmelze ist unschön, aber auch daran geht die Erde nicht zugrunde. Wenn es wirklich an der Klimaveränderung liegt, können wir daran leider nichts ändern.

Nichts?

Nehmen wir einmal an, der Klimawandel sei tatsächlich vor allem durch das CO₂ verursacht, das der Mensch in die Atmosphäre ausstösst.

Zweifeln Sie daran?

Jedenfalls ist es sehr umstritten. Nehmen wir einfach an, es sei so. Glauben Sie denn wirklich, acht Millionen Schweizer könnten daran etwas ändern? Das ist grössenwahnsinnig.

Sie sagen doch immer, man solle nicht fragen, was etwas bringe. Es gehe darum, ob etwas richtig oder falsch sei?

Nein. Effizienz und Kosten sind schon entscheidend, ob eine Massnahme richtig oder falsch ist.

Es genügt nicht, zu sagen, wir gehen mit gutem Beispiel voran?

Ein gutes Beispiel nützt nur, wenn es andere nachahmen. Das ist hier nicht der Fall.

Herr Blocher, wie alt sind Ihre ältesten Enkelkinder?

Meine älteste Enkelin ist jetzt achtzehn.

Beteiligt sie sich an den Klimastreiks?

Nein, obwohl sie an die Mittelschule geht, wo das Thema allgegenwärtig ist. Ich fragte sie kürzlich: «So, redet ihr auch über den Klimawandel?» Sie sagte: «Grosspapi, hör auf, ich will das jetzt nicht auch noch mit dir diskutieren.» Aber ihre Klasse geht nun immerhin ins Toggenburg auf die Maturareise.

Das wird Ihnen gefallen ...

Ja, das ist doch gut. Aber bitte ohne Weltrettungsproklamation. Heute leben 8,4 Millionen Menschen in der Schweiz; noch 1990 waren es 6,7 Millionen. Allein schon deshalb verbrauchen wir viel mehr CO₂. Aber davon spricht niemand.

Was antworten Sie einem Jugendlichen, der Ihnen sagt, er fürchte sich vor dem Klimawandel?

Wer lebt, braucht Rohstoffe. Wir essen Fleisch, Fisch, Früchte, Gemüse, Salat, Reis, Soja, tragen Kleider, fahren Auto und so weiter. Das Fleisch stammt von Tieren, und wer Salat isst, vernichtet Pflanzen, also Leben. Wir können nur so leben und müssen davor keine Angst haben. Wir alle wandeln nur um. Es geht nichts verloren. Es gibt Kreisläufe der Natur.

Sie zitieren ja gerne Albert Anker: «Siehe, die Welt ist nicht verdammt.»

Es ist eine gute und tiefe Botschaft. Ich habe eine andere schöne Geschichte. Ich las von einer Magd, die lebenslänglich in einem grossen Haushalt arbeitete. Sie war ein Faktotum. Wer immer eine Sorge hatte, ging zu ihr. Und sie tröstete stets mit demselben Satz: «Keine Angst, es geht auf Ostern.» Sie hat recht, es geht ja immer auf Ostern zu.

Was bedeutet das?

Wir sind erlöst. Mein Bruder Gerhard war Pfarrer. Oft trösteten wir uns lachend mit: «Keine Angst, es geht auf Ostern.» Als er im Sterben lag, sagten mir die Ärzte, er sei nicht mehr ansprechbar. Ich ging zu ihm ins Zimmer, um Abschied zu nehmen. Als ich seine Hand ergriff, öffnete er plötzlich die Augen und sprach: «Keine Angst, es geht auf Ostern.»

Wie feiern Sie Ostern?

Unsere zwölf Enkel kommen, und die Jüngeren suchen Eier. Wir haben ja einen grossen Garten.

Verstecken Sie die Ostereier eigenhändig?

Jawohl. Für die Kleinen mehrmals, ohne dass sie es merken. Aber wir legen auch Wert darauf, dass Ostern der Tag der Auferstehung ist. Wir besuchen den örtlichen Gottesdienst.

Warum ist Ihnen das wichtig?

Ich will die Botschaft der Bibel hören, aber ohne Frömmelei. Wir leben alle von der Gnade Gottes. ○